Dänemark

Vor dem Zweiten Weltkrieg besaß Dänemark nur eine kleine, auf die Hauptstadt Kopenhagen konzentrierte jüdische Minderheit. Ein beträchtlicher Teil dieser dänischen Judengemeinde, Nachkommen von portugiesischen und norddeutschen Juden, die im 17. bzw. 18. Jahrhundert eingewandert waren, hatte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts assimiliert und war dank der rechtlichen Gleichstellung durch die liberale Verfassung von 1849 ziemlich problemlos in die bürgerliche Gesellschaft Dänemarks integriert worden. Die durch die Assimilierung stark rückläufige Zahl der Glaubensjuden verdoppelte sich dann wieder zwischen 1901 und 1921, als sich in einer dritten Einwanderungswelle vor allem Juden aus Osteuropa in Dänemark niederließen, auf etwa 6000 Personen oder noch nicht einmal 0,2 Prozent der dänischen Bevölkerung.

Im Gefolge der anti-jüdischen Maßnahmen in Deutschland gelangten seit 1933 schließlich rund 4500 jüdische Flüchtlinge legal oder illegal nach Dänemark, von denen aber bis zum Einmarsch der deutschen Truppen im April 1940 rund 3000 Möglichkeiten fanden, nach Palästina oder in europäische Nachbarländer wie England und nach Übersee auszuwandern.³ Die "Jewish Agency for Palestine", das von Niels Bohr und seinem Sohn gegründete "Komitee zur Unterstützung intellektueller Flüchtlinge" und das von der dänischen jüdischen Gemeinde ins Leben gerufene "Komitee vom 4. Mai 1933" sorgten für den Unterhalt Bedürftiger und versuchten, illegal ins Land gekommene Flüchtlinge vor der seit 1936 gesetzlich möglichen, allerdings nur selten durchgeführten Abschiebung zu bewahren.

Die dänischen Behörden unterschieden bei den Asylsuchenden schaff zwischen politischen Flüchtlingen und Juden. Letzteren wurde die Einreise nur gestattet, wenn sie im Lande Verwandte besaßen und im voraus einen gesicherten Lebensunterhalt nachweisen konnten. Die restriktive Asylpolitik wurde mit der damals im Lande grassierenden Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Problemen gerechtfertigt. Konsequenterweise erhielt auch kaum einer der Flüchtlinge, die anerkannten Asylanten eingeschlossen, eine Arbeitsgenehmigung. Lediglich bei der Förderung landwirtschaftlicher Ausbildungsplätze, die von einigen jüdischen Organisationen wie der Hechaluz zur

¹ Seit der Volkszählung von 1834 bis zum Jahre 1901 war die Zahl der Glaubensjuden um etwa 15% zurückgegangen, die Zahl der Mischehen stieg zwischen 1894 und 1903 auf 45% des jüdischen Bevölkerungsanteils; vgl. Leni Yahil, The Rescue of Danish Jewry. Test of a Democracy, Philadelphia 1969, S. 10f.

² Yahil, Rescue, S. 11.

³ Zahlen nach Yahil, Rescue, S. 19f. und 433, Anm. 40, nach deren Berechnungen die Juden etwa 12 Prozent der in D\u00e4nemark befindlichen Ausl\u00e4nder aus dem deutschen Einflu\u00dfbereich ausmachten.

Vorbereitung der Palästina-Auswanderer eingerichtet worden waren, kamen die Behörden den jüdischen Emigranten etwas entgegen.⁴

Die Zurückhaltung der dänischen Regierung in der Flüchtlingsfrage, für die es eine deutliche Resonanz in der Bevölkerung gab, war nicht nur auf die Probleme des Arbeitsmarktes zurückzuführen. Aus verschiedenen Gründen mußte die dänische Regierung um gute Beziehungen zu dem deutschen Nachbarn bemüht sein, auch wenn dessen aggressiver Staatsantisemitismus nicht in die demokratisch verfaßte dänische Gesellschaft und die Programme der in Danemark regierenden Parteien paßte. Immerhin verfügte das nationalsozialistische Deutschland mit der völlig im Sinne des Dritten Reiches agierenden deutschen Minderheit in Nordschleswig⁵ und den politisch zwar zersplitterten, aber um so radikaleren danischen Nationalsozialisten⁶ über Möglichkeiten, verhältnismäßig leicht auf die Innenpolitik des Landes Einfluß zu nehmen. Auch handelspolitische Gründe sprachen für eine Politik der guten Nachbarschaft: Deutschland war nach Großbritannien der wichtigste Handelspartner für das fast ausschließlich agrarexport-orientierte Danemark. Außenpolitisch sah sich die dänische Regierung spätestens seit dem Abschluß des deutsch-britischen Flottenabkommens von 1935 isoliert; mit der rasanten deutschen Aufrüstung seit 1936 nahm das militärische Ungleichgewicht ständig zu.7 Es gab also für die dänische Regierung genügend Gründe, den mächtigen und schwer zu berechnenden Nachbarn im Süden nicht mit einer judenfreundlichen Asylpolitik allzusehr zu verärgern.

Deutsche Besatzungs- und Judenpolitik bis Juli 1943

Der Einmarsch deutscher Truppen am 9. April 1940 führte, anders als in Norwegen oder den Niederlanden, wo "Reichskommissare" mit weitgehenden Vollmachten eingesetzt wurden, zu einem Arrangement, das auch den dänischen Interessen entgegenkam.⁸ Die dänische Monarchie und die demokratische Verfassung blieben unangetastet, die Marine und das allerdings verkleinerte Heer sicherten unter eigener Führung weiterhin die See- und Landgrenzen. Die Wehrmacht sparte sich auf diese Weise den personellen wie materiellen Aufwand für eine Besatzungsarmee. Zu beiderseitigem Nutzen übernahm Deutschland die gesamte landwirtschaftliche Überproduktion Dä-

⁴ Zur Hechaluz in D\u00e4nemark vgl. Perez Leshem, Stra\u00ede zur Rettung. Junge Juden aus Hitler-Deutschland bereiten sich auf Pal\u00e4stina vor (1933-1948), S. 70-78, Archiv des Instituts f. Zeitgeschichte (IfZ), Ms 217; Jorgen Haestrup. Passage to Palestine. Young iews in Denmark 1932-45. Odense 1983: Yahil. Rescue. S. 23 f.

gen Haestrup, Passage to Palestine. Young jews in Denmark 1932–45, Odense 1983; Yahil, Rescue, S. 23 f.

Zur Gleichschaltung und Verwendung der deutschen Minderheit in Nordschleswig als Instrument nationalsozialistischer Außenpolitik vgl. Sven Taegil, Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig.
Eine Studie zur deutschen Grenzpolitik 1933–1939, Stockholm 1970.

⁶ Von den acht nationalsozialistischen Gruppierungen war die stärkste die bereits im Mai 1932 gegründete Nationalsozialistische Arbeiterpartei Dänemarks (Danmarks Nationalsozialistiske Arbejderparti, DNSAP) unter der Führerschaft von Frits Clausen. Sie war im dänischen Parlament 1939 erstmals mit 3 Abgeordneten (1,8% Wählerstimmen) vertreten und konnte diesen Anteil auch während der deutschen Besetzung nicht verbessern (1943: 3 Abgeordnete bei 2,1% Wählerstimmen).

⁷ Vgl. Jorgen Haestrup, Die deutsch-dänischen Beziehungen von 1933–1945, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht VIII (1961/62), S.197; Susan Seymor, Anglo-Danish relations and Germany 1933–1945, S.72–77.

⁸ Zu den Folgen dieser unterschiedlichen Besatzungsverwaltungen für die Endlösung vgl. Leni Yahil, Methods of persecution. A comparison of the "final solution" in Holland and Denmark, in: Studies in History XXIII (1972), S. 287.

nemarks, für das der wichtige englische Markt schon seit Kriegsausbruch fast völlig ausgefallen war. Ferner gestattete der unter hoher Arbeitslosigkeit leidende dänische Arbeitsmarkt allein für den Zeitraum bis Oktober 1942 die Anwerbung von rund 100 000 "Fremdarbeitern" für die deutsche Kriegswirtschaft.⁹

Schließlich war auch der Reichsführer-SS an einem Klima des Ausgleichs interessiert, hoffte er doch, bei den "artverwandten" Dänen Rekruten für sein Ziel einer germanischen Waffen-SS zu gewinnen. Als ein äußeres Zeichen des Entgegenkommens beließ man den seit 1936 im Lande befindlichen deutschen Gesandten Cecil v. Renthe-Fink auf seinem Posten, stattete ihn aber mit dem die neuen Verhältnisse unterstreichenden Titel "Bevollmächtigter des Deutschen Reiches" aus.

Die dänische "Samlingsregering" (Regierung der Sammlung)¹⁰ aus Sozialdemokraten, Konservativen, Liberalkonservativen (Venstre Parti) und zwei kleineren linksdemokratischen Parteien steuerte auch bei allmählich zunehmendem deutschen Druck einen flexiblen Kurs der Anpassung; die Zusammenarbeit mit den Deutschen hörte aber nach dem demokratischen Verständnis der regierenden Parteien dort auf, wo bestimmte politische Grundvorstellungen nicht mehr durchsetzbar waren. Nur solange die demokratische Verfassung Danemarks und seine Monarchie, die Selbständigkeit seines Justizapparates, die Existenz von Gewerkschaften und die Meinungsfreiheit nicht angetastet wurden, konnte das quasi als Schutzmacht agierende Deutschland mit einer kooperationsbereiten danischen Regierung rechnen.¹¹ Die Starke des deutschen Druckes war wohl weniger von Hitlers Utopie eines großgermanischen Reiches unter Einbeziehung Dänemarks¹² als von den aus der jeweiligen Kriegslage sich ergebenden Chancen und Zwängen bestimmt. Ribbentrop formulierte die einzuschlagende Politik gegenüber dem kleinen Nachbarland als eine Synthese zwischen dem Bedürfnis, die Wirtschaftskraft Danemarks weitestgehend ausschöpfen zu können, und dem Ziel, über die Clausen-Bewegung auch Dänemark zu einem nationalsozialistischen Staat umzuformen. Er war jedoch hellsichtig genug, "erst durch den deutschen Endsieg eine wirkliche innere Umstellung der Mehrheit des dänischen Volkes" zu erwarten.¹³ Als einer der Stolpersteine auf dem Wege zu einer Politik der Zusammenarbeit erwies sich jedoch die deutsche ludenpolitik. Deutscherseits erkannte man zwar - mit Erstaunen und Bedauern - das Fehlen einer "Judenfrage" in Danemark, unterschätzte aber den Solidarisierungseffekt, den die antijüdischen Maßnahmen bei der dortigen Bevölkerung hervorriefen.¹⁴ Die Mehrheit der Danen empfand die auf deutschen Druck in die Wege geleiteten Maßnahmen gegen die dänischen Juden als

⁹ Vgl. Harald Winkel, Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu D\u00e4nemark in den Jahren der Besatzung 1940-1945, in: Friedrich-Wilhelm Henning (Hrsg.), Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, Berlin 1976, S.170-173; Erich Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik in D\u00e4nemark 1940-1945, D\u00fcsseldorf 1971, S.56.

¹⁰ Zur Bildung der Samlingsregering vgl. Hartvig Frisch, Danmark besat og befriet, Bd. I, 1945, S. 26 ff.; Yahil, Rescue. S. 32.

¹¹ Vgl. Yahil, Rescue, S. 32 ff.

¹² Vgl. Das Politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40. Hrsg. v. Hans Günther Seraphim, München 1964, S. 125 f.

¹³ Ribbentrops "Notiz für den Führer" vom 11.11.1941, in: ADAP, Serie D, Bd. XIII, 2, Nr. 479, S.652.

Die deutsche antisemitische Zeitschrift "Die Judenfrage" stellte in einem Aufsatz über die Judenfrage in Dänermark fest, daß sich die bisherige dänische Auffassung "Dänermark hat keine Judenfrage" nach elf Monaten deutscher Besetzung zu der Ansicht versteift habe, eine Beschäftigung mit diesem Thema sei "undänisch"; vgl. Die Judenfrage vom 10. März 1941, S. 1.

Eingriff in deren verfassungsmäßige Rechte; eine Solidarisierung mit ihnen war nach dem Demokratieverständnis der Dänen die selbstverständliche Folge. ¹⁵ Schließlich diskreditierte der militante Antisemitismus der DNSAP und ihrer deutschen Auftraggeber bei gleichzeitig nachlassenden Siegesaussichten der Achsenmächte die deutsche Politik in Dänemark derartig, daß die antijüdischen Maßnahmen sich im Herbst 1943 als einer der wirkungsvollsten Kristallisationspunkte für den allgemeinen dänischen Widerstand gegen die Besatzungsmacht herausstellten.

Ein Rundschreiben des Judenreferats im Auswärtigen Amt, in dem im Juli 1940 ein Bericht über die Zahl und den wirtschaftlichen Einfluß der ansässigen und zugewanderten Juden in den Gastlandern angefordert wurde, ließ v. Renthe-Fink, der schon unmittelbar nach der Besetzung im Falle eines deutschen Vorgehens "gegen Juden, Emigranten und radikale Linkskreise" ernsthafte Störungen im politischen wie im wirtschaftlichen Leben Danemarks vorausgesagt hatte¹⁶, trotz wiederholter Mahnungen lange Zeit unbeantwortet. Der Reichsbevollmächtigte konnte sogar Himmler, der im April 1941 bei einem Aufenthalt in Kopenhagen mit ihm konferierte, mit dem Argument beeindrucken, daß ein Vorgehen gegen die Juden in Danemark die dortige Freiwilligenwerbung für die Waffen-SS gefährden würde.¹⁷ Im November 1941 nährte iedoch Göring in einer Unterredung mit dem dänischen Außenminister Scavenius die Furcht der Danen vor der Einführung einer speziellen Judengesetzgebung nach deutschem Muster. 18 Das Auswärtige Amt arbeitete seinerseits daran, den Antisemitismus in Dänemark mit Hilfe der dänischen Nationalsozialisten zu popularisieren. Am 20. Dezember 1941 war von danischen Nationalsozialisten ein Brandanschlag auf die Kopenhagener Synagoge verübt und in ihrer militant antisemitischen Zeitschrift "Kamptegnet" als jüdische Provokation hingestellt worden. Damit sollte auf die angeblich jüdischen Hintermänner der antideutschen Studentendemonstrationen hingewiesen werden, die in Kopenhagen aus Anlaß des - unter starkem deutschen Druck am 25. November 1941 vollzogenen Beitritts des Landes zum Antikominternpakt stattgefunden hatten.

Als in die derart aufgeschreckte öffentliche Meinung Anfang Januar 1942 Gerüchte von einer Abdankung des Königs platzten, schien für die Politik der Zusammenarbeit ein Ende absehbar. Die Gerüchte fußten auf entsprechenden Meldungen der BBC und englischer und amerikanischer Zeitungen und legten der Rücktrittsabsicht Christians X. ebenfalls die bevorstehende Einführung von Judengesetzen zugrunde. PRibbentrop, der wegen der zu erwartenden Komplikationen nach der Abdankung des Königs fürchten mußte, daß ihm mit der Einsetzung eines Wehrmachtbefehlshabers die Zuständigkeit für Dänemark genommen würde, wies aus diesem Grunde Unterstaatssekretär Luther als seinen Vertreter auf der Wannseekonferenz an, wegen der vorhersehbaren Schwierigkeiten bei der Durchführung der "Endlösung" in den nordi-

Vgl. die Rede des konservativen Handelsministers und späteren führenden Mitglieds der dänischen Widerstandsbewegung, Alex Möller, vor Schülern des Alten Gymnasiums in Hellerup, in: Beretning, bilag IV, Nr. 66. S. 147 f.

Bericht v. Renthe-Fink an das Auswärtige Amt vom 15.4.1940, in: Beretning, bilag XII, Nr. 127, S.216.

¹⁷ Vgl. Yahil, Rescue, S. 54.

¹⁸ Vgl. die Memoiren von Erik Scavenius, Forhandlingspolitiken under Besaettelsen, Kopenhagen 1958, S.142.

¹⁹ Zum Brandanschlag vgl. Yahil, Rescue, S. 48 f. - Telegramm Renthe-Fink an Ausw. Amt v. 6. 1. 1942 betr. Gerüchte über Abdankung Christians X., in: ADAP, Serie E, Bd. I, S. 185 f.

schen Ländern die Zurückstellung der dortigen Juden von den Deportationen vorzuschlagen.²⁰

Im Laufe des Sommers 1942 intensivierte jedoch das Reichssicherheitshauptamt seine Bemühungen, auch Dänemark in die Maßnahmen gegen die Juden einzubeziehen. Renthe-Fink mußte Außenminister Scavenius in einer Besprechung am 24. August die deutsche Kritik an den Zuständen in Dänemark vorhalten und ihn drängen. zwei jüdische Spitzenbeamte der Regierung zu entlassen.²¹ Vorangegangen war ein Kopenhagen-Besuch des SS-Brigadeführers Otto Ohlendorf, der kurz zuvor noch als Führer einer Einsatzgruppe in Rußland am Massenmord an den Juden beteiligt war; er hatte sich deutlich für eine Radikalisierung der deutschen Besatzungspolitik vor allem auch in der Judenfrage ausgesprochen. Um die gleiche Zeit versuchte der DNSAP-Führer Clausen mit Hilfe der interessierten SS-Kreise, die demokratische dänische Regierung unter dem Stauning-Nachfolger Vilhelm Buhl nicht zuletzt über das Judenproblem stürzen zu lassen und durch ein Deutschland-höriges Kabinett zu ersetzen.²² Renthe-Fink, dem die Kritik Clausens nicht unbekannt geblieben war, meldete nach Berlin übertreibend die Ausschaltung der in der danischen Wirtschaft tätigen Juden und schlug, sich damit selbst widersprechend, vor, nur noch "judenfreie" Firmen mit Energieträgern zu beliefern. Gleichzeitig konterkarierte er seinen Vorschlag jedoch mit der Warnung vor den zu erwartenden Störungen der deutsch-dänischen Beziehungen im Falle der Realisierung seiner Vorschläge.²³ Der Reichsbevollmächtigte, der bei einer Verschärfung der Judenpolitik eine nachteilige Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Dänemark und seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland befürchtete, trug auf beiden Schultern, um einen nach seiner Meinung möglichen Modus vivendi zu finden. Selbst Außenamts-Unterstaatssekretär Luther, sonst Exponent eines harten Endlösungskurses, schloß sich angesichts der geringen Zahl von Juden in Danemark dem Standpunkt Renthe-Finks an.²⁴

Der Reichsaußenminister hatte zunächst ebenfalls den Standpunkt seiner Mitarbeiter eingenommen. Nach Vorhaltungen Hitlers wies er jedoch am 24. September Unterstaatssekretär Luther an, neben Bulgarien und Ungarn nun auch Dänemark in die "Judenevakuierungen" einzubeziehen.²⁵ Die "Telegramm-Krise"²⁶, die fünf Tage später das Ende der Politik der Zusammenarbeit einzuläuten schien²⁷, konnte mit der

²⁰ Vgl. Yahil, Rescue, S. 58; Protokoll der Wannsee-Konferenz, in: ADAP, Serie E, Bd. I, Nr. 150, S. 272.

²¹ Vgl. Aufzeichnung Renthe-Fink vom 24.8. 1942, in: Beretning, bilag XIII, bind 2, Nr. 280, S. 650-653.

²² Vgl. Brief Clausens an den Gesandten v. Grundherr vom 19.8.1942, in: Beretning, bilag XIII, bind 2, Nr. 276, S.642 ff.; vgl. Yahil, Rescue, S.67.

²³ Zur Politik Renthe-Finks vgl. vor allem seinen Bericht vom 15.9.1942, in: PAAA Inland II g 54/8, ferner Rademachers Memorandum vom 17.9.1942, ebenda Inland II A/B 63/1 (nach Yahil, Rescue, S.71 f.).

Vgl. Christopher Browning, The Final Solution and the German Foreign Office, New York 1978, S. 160.
 Vgl. Luthers Notiz an Staatssekretär v. Weizsäcker vom 24.9.1942, in: Beretning, bilag XIII, bind 3, Nr. 730, S. 1369. Der Grund für Ribbentrops plötzlichen Sinneswandel scheint nach dem Zeugnis Renthe-Finks ein Wutausbruch Hitlers gewesen zu sein, der seinem Außenminister am 23. September die geringen Erfolge des Auswärtigen Amtes bei der Lösung der Judenfrage vorgehalten haben soll, vgl. Yahil, Rescue, S. 73 und 446, Anm. 118.

²⁶ Entstanden aus der Verärgerung Hitlers über ein seiner Meinung nach unhöflich kurzes Danktelegramm Christians X. auf sein vorangegangenes Glückwunschtelegramm zum Geburtstag des Königs, vgl. Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik, S. 110ff.; Texte in: Beretning, bind 2, Nr. 305, S. 696–699. Die Ansicht Staatssekretär van Steengrachts, Hitler selbst habe den König provozieren wollen, erscheint anhand der Texte abwegig (vgl. Ashcan-Vernehmung Steengracht vom 14.7.1945, in: lfZ, ZS/A 21).

²⁷ Vgl. die Instruktionen, die Hitler am 1. Oktober dem neu ernannten Truppenbefehlshaber, General v. Hanneken, mündlich mitteilte, erhalten in einer Aufzeichnung des Gesandten v. Grundherr v. 3. 10. 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. IV, S. 13 ff.

Abberufung Renthe-Finks und der Einsetzung des als besonders energisch geltenden Generals v. Hanneken als neuem Befehlshaber der deutschen Truppen in Danemark folgerichtig nur den Beginn der Judendeportationen bedeuten. In den Instruktionen²⁸, die Hitler dem Nachfolger Renthe-Finks, SS-Brigadeführer Best²⁹, erteilte, wurde die Judenfrage jedoch an keiner Stelle erwähnt. Best sollte nach der Trübung der deutsch-dänischen Beziehungen, die die Telegramm-Krise mit sich gebracht hatte, erst einmal freie Hand bei der Beilegung der Regierungskrise haben. Wie sein Vorganger war freilich auch Best, der sein neues Amt Anfang November 1942 antrat, von den Vorteilen der Politik der Zusammenarbeit überzeugt. Er gestattete dem neuen dänischen Ministerpräsidenten Scavenius die Bildung seiner Regierung aus Vertretern der bisherigen Regierungskoalition und unter Ausschluß der Nationalsozialisten. In der Judenfrage entwickelte er keine Initiativen, obwohl der Judenreferent des Auswärtigen Amtes, Legationsrat Rademacher, im Dezember "neue Schritte" mit ihm besprochen hatte. Nach Gesprächen mit Ohlendorf, Eichmann und Luther in Berlin wies Best in einer zusammenfassenden Stellungnahme auf den konstitutionellen Charakter der Judenfrage in Danemark hin: Jede anti-jüdische Aktion müsse zu einer Solidarisierung der Danen gegen das Deutsche Reich führen. Er vergaß dabei nicht, Clausen zu zitieren, der für den Fall der Einführung des Judensterns in Danemark vorausgesagt hatte, daß dann Zehntausende "arischer" Dänen ebenfalls den Stern tragen würden. Am schwersten wog aber die Drohung des dänischen Ministerpräsidenten, im Falle aufgezwungener Judengesetze mit seinem gesamten Kabinett zurückzutreten. Für diesen Fall sagte Scavenius die Auflösung des Reichstags und die Abdankung des Königs voraus. Deutschland wäre dann gezwungen gewesen, Dänemark selbst zu verwalten und für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe zu sorgen. Statt der beabsichtigten Einführung von Judengesetzen schlug Best vor, weiterhin auf der systematischen Entfernung der Juden in öffentlichen Stellungen und im deutsch-dänischen Handel zu bestehen und darüber hinaus gegen einzelne Juden mit der Beschuldigung vorzugehen, sie hätten sich politischer oder krimineller Straftaten schuldig gemacht. Luther empfahl seinem Minister, Bests Vorschläge als "ersten Schritt zur Lösung der Juden-

Zu den Instruktionen für Best vgl. die auf den 27.10.1942 datierte Aufzeichnung des Gesandten v. Grundherr, in: Beretning, bilag XIII, bind 2, Nr. 345, S.745 f., und die gemeinsame Aufzeichnung von Renthe-Fink/Dr. Best vom gleichen Datum, in: ADAP, Serie E, Bd. IV, Nr. 104, S.185 ff.; vgl. auch die Instruktionen für v. Hanneken (Anm. 27).

²⁹ Werner Best, geb. 1903, verfaßte als Assessor im hessischen Staatsdienst die für die NSDAP unmittelbar nach Hitlers "Legalitätseid" peinlichen "Boxheimer Dokumente" und wurde deswegen 1931 aus dem hessischen Staatsdienst entlassen. Nach der Machtübernahme wurde er zunächst hessischer Landespolizeipräsident, dann unter Heydrich Amtschef im SD-Hauptamt bzw. Reichssicherheitshauptamt. Wegen persönlicher Reibereien mit Heydrich ausgeschieden, übernahm er als Ministerialdirektor beim Reichsinnenministerium von August 1940 bis Juli 1942 den Posten eines Kriegsverwaltungschefs in der Militärverwaltung des besetzten Frankreichs. Im August 1942 trat er mit Zustimmung Himmlers in den Auswärtigen Dienst ein. Am 5.11.1942 begann seine Tätigkeit als Beauftragter des Deutschen Reichs in Dänemark. Nach Hitlers Tod setzte er sich bei der Regierung Dönitz gegen die Militärs mit seiner Forderung nach Kapitulation der deutschen Truppen in Danemark (und Norwegen) durch. 1947 sagte er als Zeuge bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen aus; anschließend wurde er an Danemark ausgeliefert und 1948 vom Stadtgericht (Byret) in Kopenhagen zum Tode verurteilt, in zwei Berufungsverfahren vom Landgericht für das östliche Dänemark (östre Landsret) 1949 mit 5 Jahren bzw. vom Obersten Dänischen Gerichtshof (Höjesteret) 1950 mit 12 Jahren Gefängnis bestraft, von der dänischen Regierung jedoch schon 1951 begnadigt und aus der Haft entlassen. Wegen der vom SD nach dem Polenfeldzug durchgeführten Mordaktionen an der polnischen Intelligenz sollte Best 1972 vor einem deutschen Gericht zur Verantwortung gezogen werden; aus gesundheitlichen Gründen wurde er noch im gleichen Jahr aus der Haft entlassen. Best starb am 23.6.1989.

frage in Dānemark" zu akzeptieren. Ribbentrop entschied daraufhin, den Erfolg von Bests "vorbereitenden Maßnahmen" abzuwarten, ließ aber erkennen, daß er seinen Plan, den Dānen eine umfassende Judengesetzgebung aufzuzwingen, nicht aufgegeben hatte.³⁰

Bemerkenswert ist, daß Ribbentrop nun nicht mehr von "Judenevakuierungen" sprach, von denen in seiner Weisung vom 24. September 1942 die Rede war, sondern wohl glaubte, mit den alten Plänen einer Judensondergesetzgebung bei der dänischen Regierung mit mehr Entgegenkommen rechnen zu können.

Mitte April 1943 ergriff der Reichsaußenminister erneut die Initiative; er wies den Reichsbevollmächtigten an, einen zusammenfassenden Bericht über die Stellung der Juden in der dänischen Gesellschaft und ihre Rolle im Handel mit dem Reich abzuliefern. Er ließ ferner anfragen, wie man an die Regierung Scavenius mit Forderungen in der Judenfrage herantreten könne, ohne sie in Schwierigkeiten zu bringen.³¹ Ribbentrops erneuter Vorstoß macht deutlich, wie sehr man sich bei der Behandlung der dänischen Judenfrage selbst auf höchster Ebene im Kreise drehte. Auch Best wiederholte in seiner Antwort nur die Argumente seines Memorandums vom Januar. Neu war lediglich seine Anregung, die Frage zu prüfen, ob die nach Danemark emigrierten 1351 staatenlosen Juden ehemals deutscher Staatsangehörigkeit wieder eingebürgert werden könnten; für ihre "Weiterbehandlung" würde er geeignete Vorschläge folgen lassen. Allerdings machte er auch darauf aufmerksam, daß die in Frage kommende Gruppe "bisher keinerlei Anlaß zum Einschreiten gegeben" hätte.³² Damit entzog er einem häufig verwendeten Vorwand den Boden. Best stellte ferner in Aussicht, von seiner Behörde die Erfassung der Juden für eine "spätere umfassende Regelung" vorbereiten zu lassen.³³ Gegen Bests Einbürgerungsvorschlag erhob der Nachfolger Rademachers im Judenreferat, Legationsrat v. Thadden, Bedenken politischer wie rechtlicher Art. Ribbentrop vertagte daraufhin die Entscheidung. Bemühungen des Stabs von Adolf Eichmann³⁴, die Deportation der Juden aus Danemark schließlich doch in Gang zu setzen, blieben ergebnislos. Offensichtlich war es Baron v. Steengracht, dem neuen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und dem Nachfolger Luthers und Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Reichsführer-SS, SS-Standartenführer Horst Wagner, gelungen, Himmler zum Stillhalten in der Frage der dänischen Juden zu bewegen.35

³⁰ Vgl. Yahil, Rescue, S.77ff.; Memorandum Best v. 13.1.1943, in: ADAP, Serie E, Bd. V, S.77f.; Vorlage Luther für Ribbentrop vom 28.1.1943 und Vermerk Sonnleithner mit Zustimmung des Ministers vom 1.2.1943, in: Nbg. Dok. NG 5121.

³¹ Zu Ribbentrops Initiative vgl. Telegramm v. Rintelen an Dr. Best vom 19.4.1943, in: Beretning, bilag XIII, bind 3, Nr. 734, S. 1372 f.

³² Der Bericht Dr. Best an Auswärtiges Amt vom 24.4.1943, in: ADAP, Serie E, Bd. V, S. 700 ff.

³³ Ob damit die Arrestkartei für Glaubensjuden und Kommunisten gemeint war, deren Vorbereitung Himmler am 24.9.1942 gemeldet worden war und die er in einem Schreiben an Gestapochef Heinrich Müller vom 12.10.1942 (vgl. Nbg. Dok. NG 4275) erwähnte, ist nicht geklärt. Nach Yahil, Rescue, S.75, wurde die Aufstellung der Arrestkartei nicht verwirklicht.

³⁴ Vgl. Notiz v. Thadden zum Bericht Dr. Bests vom 19.4.1943, Nbg. Dok. NG 5121; Affidavit v. Thadden vom 16.4.1948, identisch mit dem Dokument aus dem Jerusalemer Eichmann-Prozeß, Dok. 816; Ribbentrops Wiedervorlagevermerk in: PAAA Inl. IIg 54/8 (nach Yahil, Rescue, S.81 und S.449, Anm. 148).

³⁵ Affidavit Horst Wagner vom 13.5.1948, Eichmannprozeß, Dok. 817.

Die Rettung der dänischen Juden im September 1943

Die entscheidende Wende der deutschen Judenpolitik in Danemark kam im Spätsommer 1943. Auslöser war eine Welle von Sabotageakten, Schlägereien mit deutschen Soldaten und Streiks, die, Ende Juli 1943 von Odense ausgehend, im August auf eine ganze Reihe weiterer Orte übergriff, so daß nicht nur das Prestige der deutschen Wehrmacht auf dem Spiel stand, sondern auch Auswirkungen auf die Rüstungswirtschaft zu befürchten waren. Trotz beschwichtigender Aufrufe der Regierung Scavenius und der dänischen Gewerkschaftsführung schien der Ausnahmezustand und damit die Machtübernahme durch den Truppenbefehlshaber General v. Hanneken unvermeidlich. Best, den Ribbentrop zur Berichterstattung am 24. August ins Führerhauptquartier gerufen hatte, wurde von dem verärgerten Hitler nicht empfangen. Obwohl sich Ribbentrop ganz auf Hitlers Seite stellte, nahm er den angebotenen Rücktritt Bests nicht an, weil er wie schon bei früherer Gelegenheit mit der dann sicheren Einführung einer deutschen Militärverwaltung das Ende seiner Verantwortung für Danemark fürchten mußte. 36 Der Reichsbevollmachtigte kehrte nach Kopenhagen mit einem von Hitler befohlenen Ultimatum zurück, das u.a. die Forderung nach Streikverbot, Einführung der Todesstrafe bei Sabotagefällen und Pressezensur enthielt. Nach der erwarteten Ablehnung wurde Staatsminister Scavenius am 29. August die Einführung des Ausnahmezustands und die damit verbundene Entmachtung der dänischen Regierung mitgeteilt; General v. Hanneken übernahm - ab September 1943 als Wehrmachtbefehlshaber - die vollziehende Gewalt.

Bei seinem Besuch im Führerhauptquartier Ende August war Best deutlich gemacht worden, daß man ihn in Berlin für zu nachgiebig hielt.³⁷ Nominell war er zwar Reichsbevollmächtigter geblieben³⁸, bei dem Mangel an exekutiven Machtmitteln wie etwa einer ihm unterstehenden, ausreichend starken Polizei rückte er aber mit der Ausrufung des militärischen Ausnahmezustands automatisch ins zweite Glied. Eigene Aktivitäten in der Judenfrage mochten ihm zu diesem Zeitpunkt am geeignetsten erscheinen, sein Ansehen zu verbessern.³⁹ Am 8. September trat er die Flucht nach

Werner Best, Die deutsche Politik in D\u00e4nemark w\u00e4hrend der letzten zweieinhalb Jahre, in: S. Matlok (Hrsg.), D\u00e4nemark in Hitlers Hand, Husum 1988 (k\u00fcnnftig zitiert: Best, Deutsche Politik in D\u00e4nemark), S. 41f.

³⁷ Goebbels kritisierte "die etwas laxe und schwächliche Behandlungsweise der Dänen durch den Reichsbevollmächtigten Dr. Best" (Tagebuch vom 8.9.1943), "der nur die weiche Hand kennt" (Tagebuch vom 23.9.1943), in: Goebbels. Tagebücher. Aus den Dokumenten hrsg. v. Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 388 und 442.

³⁸ Telegramm Ribbentrop an Dt. Gesandtschaft in Kopenhagen vom 31.8.1943, in: ADAP, Serie E, Bd. VI, S.462.

Zu Bests Motiven vgl. Yahil, Rescue, S. 139-143; anders Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik, S. 180 f., der Bests sonst nicht belegbare Behauptung, er sei schon vor dem 8. September durch ein Telefonat aus dem Auswärtigen Amt auf die im Führerhauptquartier bereits beschlossenen Judenmaßnahmen hingewiesen worden und habe ihnen nur zuvorkommen wollen, kritiklos übernimmt. Tatiana Brustin-Berenstein bestreitet die Schwächung von Bests persönlicher Stellung bei Hitler und erklärt in eigenwilliger und teilweise widersprüchlicher Argumentation Bests spätere Bemühungen, die Deportationen zu verhindern, mit seiner Unzufriedenheit über die geringen, ihm für die Judenaktion zur Verfügung gestellten Polizeikräfte (The historiographic treatment of the abortive attempt to deport the Danish jews, in: Yad Vashem Studies XVII [1986], S. 212). Entgegen Bests Schutzbehauptung, er sei schon vor dem 8. September vertraulich von einem Amtskollegen über die Entscheidung Hitlers zur Deportation der dänischen Juden hingewiesen worden, konnte dem Auswärtigen Amt diese Entscheidung frühestens unmittelbar vor dem 18. September be-

vorne an und schlug Ribbentrop in einem Telegramm vor, das Juden- und Freimaurerproblem zum augenblicklichen Zeitpunkt zu lösen, da dänischen Gegenreaktionen während des Ausnahmezustands leichter zu begegnen sei.⁴⁰

Bests Versuche, durch Einschaltung seines Mitarbeiters v. Kanstein, des eben ernannten Befehlshabers der Sicherheitspolizei Mildner und selbst seines Gegenspielers v. Hanneken die Judendeportation aus Danemark zu verhindern, machen es schwer, seine Beweggründe und Absichten zu analysieren. Möglicherweise sah er sich in jedem Falle als Gewinner. Sollte sein Vorschlag abgelehnt werden, konnte man ihm nicht mehr vorwerfen, vor harten Maßnahmen zurückzuschrecken. Im Falle der wahrscheinlichen Annahme würden die Polizeiverstärkungen, um die er sich wegen der Zunahme der Sabotagefälle schon am 22. August bei Himmler bemüht hatte⁴¹ und an die er jetzt wieder erinnerte, einen beachtlichen Zugewinn an exekutiver Macht gegenüber den Danen wie gegenüber dem Wehrmachtbefehlshaber bedeuten. Dem vorhersehbaren Ende des parlamentarischen Systems in Danemark und einem daraus resultierenden Generalstreik wollte er mit der Bildung einer Verwaltung unter seinem Vorsitz begegnen; die Deportation der 6000 Juden in Danemark konnte dann auf dem Verordnungsweg in Gang gesetzt werden. Am 17. September wurde Best vom Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß der Abtransport der Juden "im Prinzip beschlossen" sei; er wurde daher gebeten, geeignete Vorschläge für die Durchführung der Aktion zu machen.⁴² Bereits am nächsten Tag forderte er 50 deutsche SD-Beamte zusätzlich zu den bereits erwarteten drei Kompanien der Ordnungspolizei, ferner Schiffsraum für die rund 5000 im Raum Kopenhagen ansässigen Juden und Eisenbahnzüge für die (etwa 1000) Juden aus Jütland und Fünen an. Den zu erwartenden Unruhen im Lande glaubte er Herr werden zu können, wenn gewährleistet war, daß die zur Durchführung der Judendeportation erwarteten Polizeiverstärkungen auch über die Aktion hinaus zur Überwindung späterer Schwierigkeiten" zu seiner Verfügung stehen würden.⁴³ Es fügt sich nahtlos in Bests bisheriges ambivalentes Verhalten, daß er über den von Mildner auf den 1. Oktober, 22 Uhr, festgesetzten Deportationstermin nicht nur das Auswärtige Amt, sondern auch seinen Mitarbeiter Ferdinand Georg Duckwitz informierte. Duckwitz, langjähriger Schiffahrtssachverständiger an der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, verkehrte freundschaftlich mit einigen führenden dänischen

kannt geworden sein (vgl. die Abzeichnung der Notiz des Gesandten Sonnleithner vom 18.9.1943 durch LegR Seeher/Büro RAM am gleichen Tag, in: Beretning, bilag XIII, bind 3, Nr. 738, S.1377). Generaloberst Jodls Aussage vom 4.6.1946 vor dem IMT in Nürnberg, man habe ihm berichtet, daß Hitler die Entscheidung in Anwesenheit von Himmler getroffen habe (Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948, Bd. XV, S. 3631), spricht eher gegen Best, denn Himmler war ausweislich seines Terminkalenders am 28. und 31. August, dann erst wieder am 9, 12., 21. und 24. September 1943 zu Besprechungen bei Hitler. Bei einer Deportationsentscheidung Hitlers schon Ende August bliebe unverständlich, warum Ribbentrop die zuständige Abteilung seines Hauses erst am 13. September um ihre Stellungnahme bat, weshalb der Gesandte Sonnleithner Hitlers Entscheidung erst am 18. September festhielt und was den Außenminister veranlaßte, Bests bzw. seine Bedenken Hitler erst in der "Notiz f. d. Führer" vom 23.9.1943 (in: ADAP, Serie E, Bd. VI, S. 1821) vorzutragen.

⁴⁰ Telegramm Best an Auswärtiges Amt v. 8.9.1943, in: ADAP, Serie E, Bd. VI, Nr. 287, S. 497f.

⁴¹ Best an Himmler vom 22.8.1943, in: Berlin Document Center, Personalunterlagen Dr. Best (nach Yahil, Rescue, S.130, Anm. 81); vgl. dazu auch Brief Best an Ribbentrop persönlich vom 30.8.1943, in: ADAP, Serie E, Bd. VI, S.452f.

⁴² Telegramm Ausw. Amt (Hencke) an Reichsbevollmächtigten in Dänemark vom 17.9.1943, Nbg. Dok. NG 5121

⁴³ Telegramm Best an Ausw. Amt vom 18.9.1943, in: Beretning, bilag XIII, bind 3, Nr. 737, S.1375 f.

Sozialdemokraten, was Best bekannt war.⁴⁴ Duckwitz traf sich sofort zu einer geheimen Besprechung mit dem Führungskreis der danischen Sozialdemokraten um Hans Hedtoft⁴⁵, was wohl in der Absicht des Reichsbevollmächtigten gelegen hatte. Best selbst beschränkte sich darauf, die Besorgnisse und Warnungen König Christians und des die Regierungsgeschäfte führenden Ministerialdirektors Svenningsen - die Regierung Scavenius hatte am 29. September ihre Tätigkeit, ohne zurückzutreten, eingestellt - nach Berlin weiterzugeben. 46 Unter einem Vorwand war Duckwitz bereits am 22. September in Stockholm beim schwedischen Ministerpräsidenten Hansson vorstellig geworden und hatte versucht, ihn zu einem offiziellen Vorstoß Schwedens zugunsten der dänischen Juden zu veranlassen. Als die schwedische Regierung am 29. September über ihre Vertretung in Kopenhagen Einzelheiten der geplanten Judenaktion erfuhr, ließ sie in Berlin - freilich erfolglos - die Aufnahme aller Juden aus Dänemark anbieten. Der dänische Atomphysiker Niels Bohr und seine schwedischen Freunde erreichten nach Einschaltung des Königs von Schweden am 2. Oktober schließlich, daß in den Abendnachrichten des schwedischen Rundfunks über die deutschen Aktionen gegen die dänischen Juden und die Intervention Schwedens in Berlin berichtet wurde. Die Bedeutung der Nachrichtensendung für die dänischen Juden bestand darin, daß sie erstmals von dem schwedischen Angebot erfuhren, alle Juden Dänemarks aufzunehmen. Damit war das Signal für die rasch einsetzende Massenflucht nach Schweden gegeben.

Bis zum Ausbruch der Krise vom September 1943 war es die erklärte Politik sowohl der dänischen Regierung wie der Führer der dänischen jüdischen Gemeinde gewesen, die Juden von der Flucht aus Dänemark abzuhalten, um den Deutschen und ihren dänischen Parteigängern keinen Anlaß zu Repressalien zu bieten. Abgesehen von einigen wenigen Juden, die unmittelbar nach dem Einmarsch der Deutschen das Land verließen, und der Auswanderung einer kleinen Gruppe von Landwirtschaftsschülern der Hechaluz, die in Dänemark schon vor dem Kriege Schulungsprogramme organisiert hatte, war es seit dem deutschen Einmarsch zu keiner Fluchtbewegung unter den dänischen Juden gekommen, sei es, weil sie sich während der Zeit der Verständigungspolitik einigermaßen sicher wähnten – die Deutschen verhafteten lediglich Kommunisten und Emigranten –, sei es, weil die Flucht über den Sund nach Schweden wegen der Überwachung und der Repressalien, die meist auch die dänischen Schiffseigner und -besatzungen trafen, nur der letzte Ausweg sein konnte. Seit die Deutschen im Hinblick auf die geplante "Gesamtlösung der europäischen Judenfrage" ab Sommer 1941 jedoch die Auswanderung auch von solchen Juden aus Däne-

46 Telegramme Dr. Best an Ausw. Amt vom 29.9. und 1.10.1943, in: ADAP, Serie E, Bd. VI, S.601 und Anm. 2.

⁴⁴ Best selbst hatte sich am 18. August 1943 mit den dänischen Sozialdemokraten Buhl, Hedtoft-Hansen, H. C. Hansen und Alsing Andersen zu einem politischen Meinungsaustausch im Hause von Duckwitz getroffen, vgl. Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik, S. 255, Anm. 24; dazu auch Brustin-Berenstein, Historiographic treatment, S. 182-185; zur Weitergabe des Deportationstermins vgl. Best, Dt. Politik in Dänemark, S. 48; ähnlich die Aussage von Duckwitz vom 13. 5. 1947 in Kopenhagen, Nbg. Dok. NG 5208; zum genauen Zeitpunkt der Aktion vgl. Niederschrift Dr. Heinz v. Bomhard, IfZ, ZS 2023, Bd. 2, S. 3.

⁴⁵ Vgl. Hedtofts Einleitung zu dem Buch von Aage Bertelsen, Oktober 43, München 1960, S. 13 f. Zu den Warnungen von deutscher Seite vgl. H. v. Bomhard, IfZ, ZS 2023, S. 2 ff. und Yahil, Rescue, S. 239 f.; über die Bemühungen Helmuth v. Moltkes, in Dänemark noch am 1. 10. 1943 vor der Judenaktion zu warnen, vgl. G. van Roon, Neuordnung im Widerstand, München 1967, S. 338 f.

mark ablehnten, die im Besitz ausländischer Einreisevisen waren, bekam dieser Fluchtweg für die Juden in Dänemark existentielle Bedeutung.

Zwar hatte noch Anfang 1943 der Exekutivrat der jüdischen Gemeinde Kopenhagens trotz der Gerüchte über die Massenmorde an Juden in den von Deutschland besetzten Ostgebieten die organisierte Flucht nach Schweden ausdrücklich abgelehnt; der Rat zweifelte an der Unterstützung der nicht-jüdischen dänischen Mitbürger bei einer Massenflucht von 6000–7000 Menschen und wollte andererseits alles vermeiden, die Deutschen zu anti-jüdischen Maßnahmen zu veranlassen. Erst als die Gestapo am 31. August und wieder am 17. September 1943, während des Ausnahmezustands, bei der jüdischen Gemeinde Kopenhagens nach Mitgliederkarteien suchen ließ und auch einige führende jüdische Gemeindemitglieder verhaftet hatte, setzte eine größere Fluchtbewegung von Kopenhagener Juden zu christlichen Freunden in die Provinz ein. Nach dem Ausbleiben der erwarteten Aktionen kehrten jedoch viele wieder zurück.

Mit Ausnahme der Hechaluz verfügten die Juden auch über kein geeignetes Nachrichtennetz, so daß die Warnung, die Duckwitz am 28. September Hedtoft gegeben hatte, nur über die Organisation der dänischen Sozialdemokratischen Partei und improvisierte Kanāle weitergeleitet werden konnte. So forderte etwa Rabbi Melchior noch am 28. September, unmittelbar nach Bekanntwerden der Hiobsbotschaft, die wegen des Werktages nicht gerade zahlreichen Besucher seiner Synagoge zur sofortigen Flucht auf. Am folgenden Tag versuchte der Vorsteher des Exekutivrats der jüdischen Gemeinde mit einigen Schicksalsgenossen, über die geschäftsführende dänische Regierung eine Art offiziellen Widerstand zu organisieren. Während die Unterstützung des Königs nicht ausblieb, war die Direktorenrunde als derzeit amtierende danische Verwaltungsspitze für keinen akzeptablen Vorstoß bei den Deutschen zu gewinnen. Im Gegensatz zur offiziellen Zurückhaltung standen die Proteste dänischer Standesorganisationen, der Kirchen und Universitäten, des Obersten Gerichtshofes und der Polizei. Die Befehlshaber der danischen Streitkräfte protestierten dagegen, daß diese quasi im Austausch gegen die Juden aus der Internierung entlassen werden sollten. Am 3. Oktober wurde in allen danischen Kirchen ein bereits im September vorbereiteter Brief des Kopenhagener Bischofs Fuglsang-Damgaard verlesen, in dem die Entrechtung der jüdischen Mitbrüder als Angriff gegen die Freiheitsrechte aller Dänen verurteilt wurde. Ein bezeichnendes Beispiel dänischer Solidarität lieferten die Studenten der Universität Kopenhagen, die mit Streikandrohungen beim Senat durchsetzten, daß die Universität bis zum 10. Oktober geschlossen wurde, damit sie sich in großer Zahl an der Fluchthilfe für die Juden beteiligen konnten. Diesem Beispiel schlossen sich auch die Studenten der Universität Ärhus und zahlreiche Schüler an.

Aktive Mithilse bot aber vor allem die dänische Untergrundbewegung, die sich zunehmend in die Hilss- und Rettungsmaßnahmen zugunsten der gefährdeten Juden einschaltete, was ihr Prestigegewinn und Zuwachs an aktiven Mitgliedern einbrachte. Noch bis in den Sommer 1943 hatte sie nur aus lokalen Zentren ohne übergreisende Organisationsstruktur bestanden, deren 20000 bis 30000 Mitglieder im Grunde eine Bewegung im Wartestand darstellten, in der die Zahl der von England aus gesteuerten Aktivisten äußerst klein geblieben war. Erst etwa zwei Wochen vor der Deportation der Juden war mit der Gründung des Dänischen Freiheitsrates ein koordinierender organisatorischer Überbau geschaffen worden. Von unschätzbarem Wert für die gefähr-

deten Juden stellte sich nun heraus, daß der dänische Widerstand planmäßig den Ausbau von Nachrichtenverbindungen und Verstecken betrieben und bereits einige Erfahrungen in der Unterstützung von Opfern deutscher Verfolgungsmaßnahmen gesammelt hatte.

Sofort nach der Preisgabe des Deportationstermins durch Duckwitz hatte in Kopenhagen eine Warnaktion stattgefunden, deren Ergebnis war, daß sich bis auf wenige alte Menschen, Behinderte und Kranke fast alle Juden rechtzeitig verstecken konnten. Viele Danen betrachteten die Aufnahme geflüchteter Juden als eine Form des Widerstands gegen die Deutschen, denen es wiederum mit ihren bescheidenen Polizeikräften nicht gelingen konnte, durch Razzien und Kontrollen die versteckten Juden aufzuspüren. Den Dänen war es kurzzeitig sogar möglich, leerstehende Schulen und ähnliche geeignete Gebäude zu Quartieren für geflüchtete Juden umzufunktionieren. Über die zentrale Bettenvergabe der Kopenhagener Krankenhäuser wurden zahlreiche Juden auf die dortigen Hospitaler verteilt, wobei wiederum eine Rolle spielte, daß die Ärzteschaft, die in der teilweise ständisch organisierten dänischen Widerstandsbewegung eine starke Position einnahm, bereits über Erfahrungen beim Verstecken verwundeter Widerstandskämpfer verfügte. Allein das Kopenhagener Bispebjerg Hospital soll etwa 2000 jüdischen Flüchtlingen als Durchgangsstation gedient haben. Mit dem Einsetzen der deutschen Maßnahmen gegen die Juden wuchs die vorher recht geringe Bereitschaft der dänischen Fischer, Flüchtlinge nach Schweden überzusetzen, schlagartig. Unter dem Deckmantel ihrer bürgerlichen Berufe betätigten sich vor allem Mitglieder der Widerstandsbewegung als Geldeintreiber, Schiffsmakler und Transportunternehmer. Viele dieser Unternehmungen konnten allerdings nur gelingen, weil sie von der dänischen Polizei unterstützt wurden. Auf diese Weise gelang es, etwa 7900 gefährdete Personen nach Schweden überzusetzen, unter ihnen 686 nichtjüdische Partner von Mischehen.⁴⁷

Auf deutscher Seite blieb die Halbherzigkeit bei der Durchführung der Judenmaßnahmen nicht auf den Reichsbevollmächtigten beschränkt. Der Wehrmachtbefehlshaber wies auf die seelische Belastung seiner zahlreichen unerfahrenen Rekruten durch die Verhaftungsaktion hin und hoffte, auf diese Weise die Wehrmacht heraushalten zu können. Einige Wochen lang übergaben deutsche Dienststellen verhaftete Juden dänischer Nationalität der dänischen Polizei zur Verurteilung durch dänische Gerichte, was in der Regel ihre Rettung bedeutete. Besonders segensreich für die Betroffenen wirkte sich ausgerechnet ein Befehl des Befehlshabers der Sicherheitspolizei in Dänemark aus. Um der zunehmend antideutschen Stimmung in Dänemark nicht noch mehr Nahrung zu geben, hatte SS-Standartenführer Mildner als Leiter der Polizeiaktion den eingesetzten deutschen Polizeieinheiten verboten, abgeschlossene und anscheinend unbewohnte Wohnungen mit Gewalt zu öffnen. Der deutsche Hafenkommandant von Kopenhagen, ein Freund von Duckwitz, ließ seine ohnehin wenigen Schiffe zur Zeit der Judenaktion reparieren, so daß die Überwachung der Küsten und der Fluchtwege nach Schweden nahezu ausschließlich den Dänen überlassen

⁴⁷ Vgl. Yahil, Rescue, S. 244; die Zahl der nach Schweden überführten Flüchtlinge nach den Statistiken von J. Margolinsky bei Haestrup (s. Anm. 66), S. 49.

⁴⁸ Vgl. Aussage Karl Heinz Hoffmann vom 9.4.1947 vor der Kopenhagener Polizei (Eichmannprozeß, Dok. 755), die durch das Telegramm Ausw. Amt/Hencke an Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen vom 4.10.1943 (ebenda, Dok. 756) und Dr. Bests Antworttelegramm vom 5.10.1943 (ebenda, Dok. 757) bestätigt wird.

Dānemark 179

blieb, die die Kontrolle schon seit September, also seit dem Beginn der Fluchtwelle nach Schweden, äußerst lax handhabten. Der deutsche Konsul in Malmö berichtete gar von sechs deutschen Soldaten, die als Fischer verkleidet einen Flüchtlingstransport nach Schweden brachten und anschließend desertierten.⁴⁹

Statt der veranschlagten 6000 Juden gelang es den deutschen Polizeieinheiten in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1943 nur, 284 meist alte Menschen, unter ihnen Insassen eines jüdischen Altersheims in Kopenhagen, zu ergreifen. In seiner Meldung an Ribbentrop versuchte Best mühsam, den Fehlschlag zu kaschieren; sophistisch bezeichnete er Dänemark als "entjudet", weil sich "hier kein Jude mehr legal aufhalten und betätigen kann".50

Zur Besänftigung der öffentlichen Meinung in Dänemark versprach Best noch am 2. Oktober in einer offiziellen Verlautbarung die baldige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands und die Entlassung der internierten dänischen Soldaten. Die Deportation der Juden begründete er mit ihrer "deutschfeindlichen Hetztätigkeit" und der "moralischen und materiellen Unterstützung von Terror- und Sabotagehandlungen" – Gründe, die er wenig später gegenüber dem Auswärtigen Amt offen als Zwecklüge deklarierte, als er zugab, "daß in Dänemark bisher … keine Fälle jüdischer Spionage und Sabotage festgestellt worden sind".51 Für viele Dänen markierte jedoch die Deportation der Juden aus ihrem Lande den Übergang vom passiven zum aktiven Widerstand.

Das Schicksal der Deportierten

Die 202 in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1943 im Stadtgebiet von Groß-Kopenhagen verhafteten Juden wurden zusammen mit Kommunisten aus dem Lager Horseroed⁵² noch am 2. Oktober auf der "Wartheland" nach Swinemünde verschifft. Zusammen mit 82 in Jütland und auf der Insel Fünen ergriffenen und auf dem Landweg nach Deutschland deportierten Juden kamen alle 284 Juden⁵³ dieser beiden Transporte in das "Altersghetto" Theresienstadt. Am 13. und 21. Oktober folgten zwei weitere Transporte aus Danemark mit 170 bzw. 20 Juden⁵⁴, von denen der erste wiederum nach Theresienstadt ging. Die Frauen und Kinder des letzten und kleinsten

Telegramm Dr. Best an Ausw. Amt vom 2.10.1943, in: ADAP, Serie E, Bd. VII, S.12f.; vgl. auch die Entschuldigungsgründe Bests im Telegramm an das Auswärtige Amt vom 5.10.1943, Nbg. Dok. NG 3920.

51 Deutscher Text der dänischsprachigen Verlautbarung Bests nach Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik, S. 185; Telegramm Dr. Best an Ausw. Amt v. 18. 10. 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. VII, S. 85 f.

52 Horseroed hatte zunächst als Lager für die nach Ausbruch des Russlandseldzuges verhafteten Kommunisten gedient. Am 1. September 1943 wurde es vom Reichsbevollmächtigten als KZ übernommen und diente seitdem auch als Lager für verhaftete Juden wie den dänischen Oberrabbiner Dr. Max Friediger; vgl. Telegramm Best an Ausw. Amt vom 1.9.1943, Nbg. Dok. NG 5103.

gramm Best an Ausw. Amt vom 1.9.1943, Nbg. Dok. NG 5103.

53 Die Verhaftung von 482 Juden meldete Best am 5.10.1943 nach Berlin. Die gleiche Zahl hatte das Auswärtige Amt am Tag vorher vom RSHA erhalten und – vermutlich zur Abstimmung evtl. abweichender Zah-

len - sofort an Best weitergegeben, Nbg. Dok. NG 3920.

Nach der Aktion vom 1. Oktober waren noch einmal 275 Juden verhaftet worden, davon allein 60 in der Nacht vom 4. Oktober auf Seeland. Rund 80 der verhafteten Personen wurden als Halbjuden oder als in Mischehe lebende Juden wieder freigelassen; vgl. Best an Ausw. Amt vom 5.10.1943, Nbg. Dok. NG 3920, und Yahil, Rescue, S. 274.

⁴⁹ Bericht des deutschen Konsuls in Malmö vom 12.10.1943, in: PAAA Inl. II g 54/8 (nach Yahil, Rescue, S. 488, Anm. 112).

Transports kamen dagegen zunächst in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, die Männer in das Konzentrationslager Sachsenhausen. Drei jungen Juden dieses Transports gelang unterwegs die Flucht, ein Häftling starb in Sachsenhausen; die meisten Überlebenden wurden im Januar 1944 dann ebenfalls nach Theresienstadt überführt. 55 Der Anteil der Emigranten unter den aus Dänemark deportierten Juden ist bis heute nicht genau bekannt; er dürfte bei rund einem Viertel gelegen haben. 56

Um die deportierten Juden setzte unmittelbar nach ihrer Ergreifung ein zähes Ringen zwischen den Dänen, dem Reichsbevollmächtigten und dem Reichssicherheitshauptamt ein, wobei Best, der die in den Augen der Dänen inzwischen sinnlos gewordene Politik der Zusammenarbeit mit der dänischen Verwaltung zu retten suchte, wie bisher zwischen den Stühlen saß. Seine Zusage, Mischlinge und in Mischehe lebende Juden von weiteren Deportationen auszunehmen⁵⁷, konnte er beim Reichssicherheitshauptamt nur teilweise durchsetzen. In längeren Verhandlungen mit Eichmann, der deshalb am 2. November 1943 eigens nach Kopenhagen kam, erreichte er schließlich die lebensrettende Zusage, daß die Juden aus Dänemark in Theresienstadt bleiben durften und nicht zur Liquidierung in eines der Vernichtungslager weitertransportiert wurden. ⁵⁸ Eichmanns weiteres Versprechen, auch bereits verhaftete Mischlinge und Mischehe-Partner freizulassen, wurde erst im Januar 1944 mit der Entlassung von fünf jüdischen Mischlingen aus Theresienstadt wahrgemacht.

Die Bemühungen der amtierenden dänischen Regierung, vor allem des Außenamtsvertreters Frants Hvass, die jüdischen Landsleute in Theresienstadt durch Paketsendungen zu unterstützen und ihre Lage durch eine Delegation des Internationalen Roten Kreuzes untersuchen zu lassen, wurden vom Reichssicherheitshauptamt systematisch verzögert. Nach einem Besuch von Hvass bei Gestapochef Heinrich Müller in Berlin und nach Einschaltung schwedischer Diplomaten wurde der Besuch schließlich für den 23. Juni 1944 genehmigt. Die verbleibende Zeit nützte die Gestapo, um in einer einmaligen Verschönerungsaktion die Lebensverhältnisse zumindest in den Erdgeschossen einiger Häuserzeilen zu verbessern. Um die Überbelegung des Lagers zu ändern, wurde das Lager kurzerhand durch Transporte nicht-dänischer Häftlinge in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ausgedünnt. Dänische Familien konnten in renovierte und größere Wohnungen umziehen. Mit massiven Einschüchterungen verhinderte man, daß Häftlinge sich am Tage des Besuchs mit Beschwerden an die Delegationsmitglieder wandten. Der Delegation gegenüber wurde der Anschein erweckt, daß die Häftlinge in den vorgezeigten Lebensmittel- und Textiliendepots frei einkaufen konnten. Die Berichte der drei Delegationsmitglieder, unter ihnen Hvass, fielen auf diese Weise relativ positiv aus.⁵⁹ Auch wenn sich die Verhältnisse anschließend rasch wieder verschlechterten, so hatte die Visite der Rotkreuzvertreter für die

⁵⁵ Vgl. Yahil, Rescue, S. 289 f.

Yahil, Rescue, S. 291, errechnet 106 Emigranten und 358 dänische Staatsangehörige; Adler, Theresienstadt, S. 174, übernimmt die Zahlen des Theresienstädter Judenältesten Dr. Paul Epstein mit etwa 150 Emigranten und 296 Juden dänischer Nationalität.

⁵⁷ Schriftliche Zusicherung Dr. Bests an Svenningsen am 5. Oktober 1943, nach Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik, S. 186 f., s. a. oben, Anm. 54.

⁵⁸ Telegramm Best an Ausw. Amt vom 3. 11. 1943, in: ADAP, Serie E, Bd. VII, S. 144; vgl. auch Yahil, Rescue, S. 300 f., und Best, Dt. Politik in D\u00e4nemark, S. 48.

⁵⁹ Vgl. die Aufzeichnungen von Cone und Sven Meyer, deutsch auszugsweise veröffentlicht in: H. G. Adler, Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente, Tübingen 1958, S. 309 f.; Auszüge aus dem Bericht des Schweizer Rotkreuzvertreters Dr. Rossel, ebenda, S. 312 ff.

Danemark 181

dänischen Deportierten eine nachhaltige Wirkung; aus Dänemark durften nunmehr offiziell Pakete auch mit Lebensmitteln und Büchern nach Theresienstadt geschickt werden. Eine Stärkung des Lebenswillens der Dänen bedeutete außerdem die amtliche Bestätigung der früheren Zusage, dänische Häftlinge nicht in andere Lager zu verlegen.

Mit dem Anwachsen des organisierten Widerstands in Dänemark wuchs die Zahl der in deutsche Konzentrationslager verschleppten Danen. 60 Die Bemühungen der amtierenden danischen Regierung, ihre Staatsbürger noch vor dem deutschen Zusammenbruch aus der KZ-Haft freizubekommen, konzentrierten sich daher nicht nur auf die Juden in Theresienstadt. Neben den etwa 150 kommunistischen Häftlingen aus Danemark im KZ Stutthof galten ihre Bemühungen auch den im September 1944 nach Buchenwald deportierten mehr als 2000 dänischen Polizisten, die unter den dortigen Verhältnissen eine besonders hohe Sterblichkeitsrate aufwiesen.⁶¹ Die Verhandlungen von Hvass im Winter 1944 mit der in fatalistische Radikalisierung flüchtenden SS-Bürokratie führten zwar am 1. Dezember 1944 zu einer Vereinbarung, alle Danen mit Ausnahme von Kommunisten und Widerstandskämpfern in das unter dänischer Aufsicht stehende Lager Fröslev zu überführen; eine Wagenkolonne brachte dann aber nur knapp 200 der dänischen Polizisten aus Buchenwald zurück. Immerhin hatte diese Aktion organisatorische Vorbereitungen und Maßnahmen wie den Aufbau einer Transporteinheit oder die Einrichtung von Versorgungsstützpunkten nötig gemacht und Erfahrungen ermöglicht, die weiter genutzt werden konnten. Im Januar und Februar 1945 gelang es, in kleineren Transporten noch über 100 Dänen aus Konzentrationslagern herauszuholen.62

Die Planung dieser Rückführungsmaßnahmen lag bei einem Widerstandskreis um den dänischen Admiral Carl Hammerich und den norwegischen Diplomaten N. C. Ditleff, der mit Unterstützung schwedischer diplomatischer Kreise von Stockholm aus operierte. Nach Plänen Ditleffs und des schwedischen Prinzen Carl bemühte sich seit Mitte Februar 1945 auch der einflußreiche schwedische Diplomat Folke Bernadotte bei Himmler um die Freilassung der norwegischen und dänischen KZ-Häftlinge.⁶³ Am 2. April wurden endlich auch die dänischen Juden in die Verhandlungen einbezogen⁶⁴, nun aber mit überraschend schnellem Erfolg. Die Dänen erhielten die Erlaubnis, mit einem aus 35 Autobussen bestehenden Konvoi des Schwedischen Roten Kreuzes die dänischen Deportierten selbst von Theresienstadt nach Schweden zu überführen. Am 13. April traf der dänische Diplomat Dr. Holm mit dem Konvoi völlig überraschend für alle Häftlinge in Theresienstadt ein. Vier Tage später passierten die Fahrzeuge, die Theresienstadt am 15. April mit allen noch lebenden Häftlingen aus Dänemark und deren Habseligkeiten verlassen hatten, die deutsch-dänische

⁶⁰ Schreiben Svenningsen an Dr. Best vom 29.7.1944 u. 6.11.1944, in: Beretning VII, bind 3, Nr. 409, S.1611 f. u. Nr. 412, S.1617 f.

⁶¹ Während der viereinhalb Monate ihrer Haft bzw. kurz nach ihrer Rückkehr verstarben 135 Polizisten, vgl. Nbg. Dok. RF 901; ungenauer Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik S. 212.

⁶² Vgl. Leni Yahil, Scandinavian countries to the rescue of concentration camp prisoners, in: Yad Vashem Studies VI (1967), S. 189–208.

⁶³ Vgl. Folke Bernadotte, Das Ende. Meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945 und ihre politischen Folgen, Zürich 1945, S. 16.

⁶⁴ Vgl. Brief Felix Kersten an den Vertreter des Jüdischen Weltkongresses, Hilel Storch, vom 29.3.1945, in: Felix Kersten, Totenkopf und Treue, Hamburg, o. J., S. 364f.

Grenze. Vor dem Jubel der dänischen Bevölkerung wurden sie auf Seitenstraßen zum Kopenhagener Freihafen gebracht und nach Schweden übergesetzt.

Widerstand und Solidarität: Die Einmaligkeit Dänemarks

Die Rettung der Juden Danemarks blieb ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der "Endlösung". Einmalig war dabei nicht nur, daß Tausende von Juden und damit der größte Teil der jüdischen Population eines Landes einschließlich seiner jüdischen Immigranten aus spontaner mitmenschlicher Solidarität und einem wachsenden Widerstandsgefühl gegen die deutsche Militanz dem Zugriff der deutschen Deportationskommandos entzogen werden konnten; wenigstens ebenso singular war auch die Sonderstellung der aus Danemark deportierten Juden im "Vorzugslager" Theresienstadt und ihre vorzeitige Freilassung. Wie gerade der Vergleich mit dem Verlauf der "Endlösung" in anderen europäischen Ländern zeigt, mußten jedoch viele Voraussetzungen zusammenkommen, um die "dänische Lösung" möglich zu machen. Die geringe Zahl der Juden, die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung in dem ernährungs- und rüstungspolitisch wichtigen Lande, freilich auch in Finnland und Schweden, nicht zuletzt die Existenz einer in gewissen Grenzen selbständigen Regierung und Verwaltung ließen den beiden Reichsbevollmächtigten Spielräume für eine einigermaßen rationale Politik. Die in Danemark während und vor allem nach dem Kriege sehr umstrittene Politik der Zusammenarbeit und ihre dänischen Exponenten erzielten im Verbund mit den anderen genannten Voraussetzungen für die danischen Juden günstigere Bedingungen, als eine auf ideologisch gleichgeschaltete Kollaborateure sich stützende deutsche Besatzungsverwaltung. Das Schicksal der niederländischen Juden⁶⁵ verdeutlicht dies auf besonders drastische Weise. Auf der anderen Seite beweist gerade die Behandlung der zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallenden dänischen Juden den elementaren Vernichtungswillen der Betreiber der "Endlösung" im Reichssicherheitshauptamt, die auf vitale Interessen der eigenen Kriegswirtschaft ebenso wenig Rücksicht nahmen wie auf die politischen Denk- und Verhaltensweisen eines zunächst keineswegs deutschfeindlichen und immerhin ja "artverwandten" Volkes. Gedeckt wurden sie bei ihrem ebenso inhumanen wie vernunftwidrigen Treiben letzten Endes durch den seinen Antisemitismus mit tödlicher Konsequenz auslebenden Hitler, der nicht zuletzt am Beispiel Danemarks erkennen läßt, wie sehr die "Endlösung" von ihm angetrieben und gelenkt wurde.

Statistische Übersicht

Für die Zahlen der aus Dänemark nach Theresienstadt deportierten, dort verstorbenen bzw. in ihre Heimat zurückgekehrten Juden liegen Quellen vor, die als recht zuverlässig gelten können. Das beruht allein schon auf der vergleichsweise geringen Zahl von Opfern; als weitere Gründe für die Zuverlässigkeit des überlieferten Zahlenmate-

⁶⁵ Vgl. Yahil, Methods of persecution, S. 287.

Danemark 183

rials können die ständigen Bemühungen offizieller dänischer Stellen um namentliche Erfassung der aus Dänemark Deportierten, die frühen statistischen Erhebungen der dänischen jüdischen Gemeinde, die im Lager Theresienstadt zusammengestellten Transportunterlagen und sonstigen statistischen Materialien und die sofort nach dem Krieg in Dänemark einsetzenden polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Beweiserhebungen für die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Verfahren gegen Best, v. Hanneken, Pancke und Bovensiepen in Kopenhagen (s. Anm. 29) angeführt werden. Für die Nürnberger Prozesse hat die danische Regierung Memoranden vom 25. 10. 1945 und vom 13. 1. 1946 mit mehreren Ergänzungen und Anhängen vorgelegt (Nbg. Dok. RF 901, im folgenden zitiert: D1), auch Teile des Kopenhagener Urteils vom 20.9.1948 gegen Best und seine Mitangeklagten gingen als Beweisdokument in die Nürnberger Verfahren ein (Nbg. Dok. NG 5887, im folgenden zitiert: D2). Für Theresienstadt liegen amtliche Listen der Repatriierungsabteilung des Tschechoslowakischen Arbeits- und Sozialministeriums gedruckt vor (Terezin-Ghetto, September 1945, im folgenden zitiert: C). H. G. Adler (Theresienstadt, Tübingen 1960², im folgenden zitiert: A) hat das überwiegend in tschechischen Quellen enthaltene statistische Material herangezogen und neben seinen eigenen Berechnungen teilweise veröffentlicht. Er stützt sich vor allem auf Z. Lederer (Ghetto Theresienstadt, London 1953) und R. Prochnik, den letzten Leiter des Zentralsekretariats der jüdischen Selbstverwaltung von Theresienstadt (Juden in Theresienstadt. Ein statistischer Bericht, ungedr. Ms., Theresienstadt, 14.7.1945); Beachtung verdient unter den tschechischen Quellen ferner eine in dem Beitrag von B. Lesny (Terezin - mesto odsouzecu, veröffentlicht in: Nr. 1, 1946, der Mitteilungen der Prager Jüdischen Kultusgemeinde) enthaltene Liste (die "Liste B" bei H. G. Adler). Leni Yahil hat das gesamte in der dänischen Memoirenliteratur und in wissenschaftlichen Veröffentlichungen enthaltene Zahlenmaterial kritisch ausgewertet und ihre Berechnungen veröffentlicht (in: The rescue of Danish jewry. Test of a democracy, engl. Ausgabe Philadelphia 1969; im folgenden zitiert: Y).

1. Zahl der aus Dänemark deportierten Juden:

D1	D2	A (S. 41)	Y (S. 291)	C (S. XXII)
475	477	476	464-475	83 (am 5.10.1943)
				198 (am 6.10.1943)
				175 (am 14.10.1943)
				8 (am 13. 1.1944)
				2 (am 25. 4.1944)
				466

Bei den meisten Zahlenangaben ist unklar, ob in ihnen die fünf im Januar 1944 aus Theresienstadt nach Dänemark Entlassenen (vgl. Y, S. 291) und drei in Theresienstadt geborene Kinder dänischer Eltern enthalten sind. A hat in der ersten Auflage (Tübingen 1950) noch die Zahl von 466, erhöht aber in der 2. Auflage die Zahl der 1944 aus Sachsenhausen bzw. Ravensbrück nach Theresienstadt überführten Dänen von zehn auf 20 Personen, ohne zusätzliche Quellen anzugeben. Zu den höheren Zahlen ist grundsätzlich anzumerken, daß nicht alle aus Dänemark Deportierten in Theresienstadt eintrafen; so vermerkt Y (S. 290), daß drei der am 23.11.1943 Deportierten un-

terwegs die Flucht gelang und zwei der nach Sachsenhausen Deportierten dort verblieben (wo einer von ihnen verstarb). Das Material von C wurde teilweise unmittelbar nach der Befreiung von Theresienstadt zusammengetragen und stammt aus dem Umkreis des mit der Transportstatistik des Lagers befaßten Büros. Diese Tatsache läßt die Zahlen von C auch im Vergleich mit den in den Tabellen 2 und 3 enthaltenen Zahlen als am zuverlässigsten erscheinen. Allerdings enthält C nur die Zahlen der nach Theresienstadt Deportierten. Die kleine, nur ungenügend gesicherte Zahl der nach anderen Orten verbrachten Juden aus Dänemark, die man mit mindestens fünf ansetzen muß, erhöht die als gesichert anzuerkennende Zahl von 466 aus Dänemark Deportierten in Theresienstadt auf eine Zahl zwischen 471 und 477 jüdischer Deportierter aus diesem Land, darunter mindestens 101 Personen ohne dänische Staatsbürgerschaft⁶⁶, d.h. größtenteils jüdische Flüchtlinge aus anderen Ländern.

2. Zahl der in Theresienstadt verstorbenen dänischen Juden:

D1	D2	A (S. 47)	Y (S. 318)	С
53	44	52	51	_

Hier ist unsicher, in welchen Zahlen die beiden in Theresienstadt totgeborenen Kinder dänischer Eltern (vgl. Y, S. 318) enthalten sind. Y gewinnt ihre Zahl aus der Differenz zwischen der Zahl der Deportierten und der der Repatriierten. Ausschließlich bei Y (ebd.) findet sich die Angabe, daß ein Däne von Theresienstadt nach Auschwitz transportiert wurde. Wie D1 belegt, sind die von amtlicher Seite zunächst ermittelten Zahlen höher als im späteren Kopenhagener Urteil (D2), in dem man sich auf eine gesicherte Mindestzahl beschränkt zu haben scheint.

3. Zahl der nach Dänemark zurückgekehrten Juden:

D1	D2	A	Y	С
-	_	423	423-425	411 (S. XXII) bzw.
				413 (Vorwort)

Y (S. 318) gibt zur Zahl von 425 Repatriierten folgende Aufgliederung an: 417 Personen aus Dānemark, drei in Theresienstadt geborene Kinder, vier Tschechinnen, die in Theresienstadt Dānen heirateten, eine Frau fremder Nationalität, aber dānischer Abstammung, die sich der dänischen Gruppe anschloß.

Die Abweichungen lassen sich möglicherweise mit der bei Y angegebenen Differenzierung dieser Gruppe erklären. Bemerkenswert ist, daß selbst bei Y schwedische Quellen fehlen. Zieht man von den 52 in Theresienstadt Verstorbenen aus Dänemark die beiden totgeborenen Kinder ab, erhält man wieder die Zahl von 466 nach Theresienstadt Deportierten. Von dieser Zahl ausgehend, errechnet sich die Zahl der Repatriierten, die ursprünglich als Juden aus Dänemark deportiert worden waren, mit 316 Personen, eine Zahl, die auch mit einer der drei bei Y (S. 318) genannten dänischen Quellen übereinstimmt.

⁶⁶ Jorgen Haestrup, The Danish jews and the German occupation, in: Leo Goldberger (Hrsg.), The rescue of the Danish jews, New York 1987, S. 51.

Zur Zahl der 50 bzw. 52 in Theresienstadt Verstorbenen muß noch die unbekannte Zahl derer hinzugefügt werden, die den physischen wie psychischen Belastungen der Flucht nicht gewachsen waren und, teilweise durch Selbstmord, daran zugrunde gingen. In der Statistik fällt diese Personengruppe gemeinhin unter die Rubrik "natürliche Abgänge". Y (S. 219) schätzt ihre Zahl auf etwa 60.

Ferner sind zur Zahl der jüdischen Opfer der deutschen Judenpolitik in Dänemark auch die Angehörigen der Hechaluz zu zählen, die von Dänemark aus die Flucht über die Balkanländer und die Türkei nach Palästina riskierten und scheiterten. Haestrup berichtet von sechs Personen, die ergriffen wurden und in Auschwitz umkamen.⁶⁷ Insgesamt dürften damit zwischen Oktober 1943 und dem 5. Mai 1945 116 Juden aus Dänemark an den direkten und indirekten Folgen der deutschen antijüdischen Maßnahmen gestorben sein.

Auch wenn bei der geschilderten Sachlage keine völlig eindeutigen Angaben über die Zahl der Deportierten und Verstorbenen, ja nicht einmal der Repatriierten zu erhalten waren, sind die den verschiedenen, auch deutschen Quellen zu entnehmenden Zahlen untereinander so schlüssig, daß die mögliche Ungenauigkeit der Ergebnisse auf eine Größenordnung von unter 10 Personen einzugrenzen ist.

⁶⁷ Ebenda, S. 40.